

Markus Mohr / Hartmut Rübner

Gegnerbestimmung

Sozialwissenschaft im Dienst der »inneren Sicherheit«

ISBN 978-3-89771-499-1

Unrast Verlag, Münster - der Titel erscheint ca. 5 / 2010

Vorwort

Friedrich C. Burschel

Nicht ohne meinen Demokratielotsen

Vom Verfassungsschutz und mit ihm verstrickten Wissenschaftler_innen und Politiker_innen gesellschaftliche Deutungsmacht zurückerobern

„Handwerklich inkompetent und ideologisch in alten Feindbildern verhaftet“, so beurteilte der Freiburger Bürgerrechtsanwalt Udo Kauß die Arbeit des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz, das im Jahr 2008 die „Jungdemokrat_innen/Junge Linke“ als „links-extremistische“ Struktur in seinen Jahresbericht aufgenommen hatte. Der Grund damals: Ein Jungdemokrat_innen-Funktionär hatte in einer Festschrift der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschist_innen“ (VVN-BdA) mit einem Grußwort zum 60-jährigen Bestehen gratuliert, wohlgermerkt neben den Grußworten so illustrierter Gratulant_innen wie Andrea Nahles und Hildegard Hamm-Brücher.¹

Nicht nur in diesem Fall gelang es dem Anwalt, die VS-Behörde zur Korrektur ihres Jahresberichts zu bewegen. Auch die Rosa Luxemburg Stiftung in Baden Württemberg hat ihre Streichung aus dem Bericht 2009 und ein weitgehendes Dementi der Behörde mit Kauß' Hilfe erwirkt.² Ohne den Sachverhalt – der Schwere des Vorwurfs der „Verfassungsfeindlichkeit“ angemessen – geprüft zu haben, landete die Stiftung im Bericht als linksextremistisch. Grund diesmal, dass sie angeblich einen Aufruf im Zusammenhang mit dem Nato-Gipfel in Straßburg und Baden-Baden mitunterzeichnet habe. In dem wird der nordatlantischen Militärallianz der „brutale Krieg“ in Afghanistan angelastet und außerdem unterstellt, eine „aggressive Militär- und Nuklearpolitik“ zu verfolgen, weshalb sie „ein wachsendes Hindernis für den Frieden in der Welt“ sei. Abgesehen davon, dass niemand von der Rosa Luxemburg Stiftung den Aufruf tatsächlich unterschrieben hatte, wird sich schon damals manche/mancher gedacht haben, wie weit es mit Meinungsfreiheit und Überwachung schon gekommen ist, wenn man nicht mal mehr Funktion, Politik und Unwesen der weltumspannenden Nato-Kriegsmaschine hinterfragen darf.

Es sei alarmierend „mit welcher Leichtfertigkeit Personen und Vereinigungen in das Beobachtungsfeld und schließlich in die öffentlichen Verrufserklärungen des Verfassungsschutzes gelangen können“, erklärte Rechtsanwalt Kauß im Kontext mit der Diskreditierung der Rosa Luxemburg Stiftung (RLS). Es lohnt unbedingt sich gegen ein von den Verfassungsschutzbehörden angehängtes Extremismusverdikt zu wehren, wie das Beispiel der RLS in Baden-Württemberg beweist. Aber auch der Fall des antifaschistischen Magazins LOTTA (wie übrigens auch der des Unrast-Verlags) zeigt, dass es durchaus aussichtsreich ist, sich per einstweiliger Verfügung aus dem Verfassungsschutzbericht herauszuklagen, in dem dieses von der Landesbehörde des VS in NRW zunächst unter dem Rubrum „diskursorientierter Linksextremismus“ geführt wurde. Doch manchen gelingen solche Etappenerfolge nicht: Die Antifaschistische Informations-,

Dokumentations- und Archiv-Stelle (a.i.d.a.) in München scheiterte bei dem Versuch nach 19 Jahren verdienstvoller und viel gepriesener Recherche- und Dokumentationsarbeit die Streichung aus dem VS-Elaborat des Jahres 2009 des Bayerischen Landesamtes zu erzwingen.³ „Aida muss also weiter fast machtlos zuschauen, wie der Staat nach und nach nicht nur die Reputation der Organisation beschädigt, sondern auch ihren Bestand gefährdet“, schrieb die Süddeutsche Zeitung, als dem Antifa-Archiv im Januar 2010 wegen der – übrigens erstmaligen – Nennung im VS-Bericht die Gemeinnützigkeit entzogen wurde.⁴ Welche Auswirkungen die in der Regel schwach belegten und oft dilettantischen Einschätzungen der Verfassungsschutzämter für die Arbeit engagierter Organisationen haben, belegen neben den hier genannten Dutzende anderer Beispiele, wo sich der Verfassungsschutz unliebsame Gegner oder „Konkurrenten“ vom Hals schafft oder sie im Sinne einer rechtskonservativen Landes- oder Bundesregierung stigmatisiert oder kriminalisiert.⁵ Besonders betroffen sind neben VVN-BdA vor allem auch die Partei „Die Linke“ (sie wird noch in elf Bundesländern vom VS beobachtet) und Antifa-Gruppen jeder Art, insbesondere Autonome Antifa-Gruppen.⁶

Nicht dass es unter einer rot-grünen Bundesregierung, der großen Koalition oder rot-roten Landesregierungen vorher weniger Extremismusgeschwätz und Gleichsetzungsbemühungen gegeben hätte, aber noch im Sommer 2009 ahnte kaum jemand, welche enorme Wirkmacht die politische Definitionsmacht in den Händen eines Inlandsgeheimdienstes und mit ihm verbandelter Forscher_innen haben würde, wenn erst die rechte Regierungskoalition an die Hebel der Macht gelassen würde. Das ist mit der Installation der zweiten Merkelregierung in einer schwarz-gelben Koalition nun geschehen. Während dieses Bändchen in einem Verlag des „Diskursorientierten Linksextremismus“ erscheint, kündigt sich ein verheerender reaktionärer Rollback in Bereichen an, wo in den letzten Jahren zarte Pflänzchen einer z. T. staatlich geförderten, professionellen Arbeit gegen Neonazismus und extrem rechtes Gedankengut sowie zur Betreuung von Betroffenen und Opfern von rassistischer und Nazi-Gewalt entstanden sind. Deren Bestand ist nun akut in Gefahr, wenn sie nach dem Willen der Zuständigen in völlig undiskutabler Weise jetzt neben „Rechtsextremismus“ auch „Linksextremismus“ und „Islamismus“ zu bearbeiten hätten.⁷

Dabei spielt der Verfassungsschutz nur eine instrumentelle Rolle, Hintergrund des intellektuell zwar enorm untertourigen, aber politisch hochwirksamen Backlashs ist der Kampf um die Deutungshoheit über prekäre gesellschaftliche Zustände und Entwicklungen sowie historische Sachverhalte (Nationalsozialismus vs. DDR, Erinnerungspolitik etc.). Die Stichworte in aller Munde sind seit dem Regierungswechsel Ende 2009 die Extremismus-Doktrin und die Totalitarismustheorie, die – etwa als Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus während des Kalten Krieges – lange ad acta gelegt schienen und nun fröhliche Urstände feiern. „Dass sich die neue Bundesregierung erneut auf die ausgetretenen Pfade der Totalitarismus- und, aktueller: der Extremismustheorie begibt, hat primär politisch-strategische Gründe“, stellt Politikprofessor Christoph Butterwegge fest, der es mit der Abgrenzung vom behördlichen Verfassungsschutz auch nicht immer sehr genau nimmt⁸, und verweist auf Kopke und Rensmann: „Die Extremismuskonzeption läuft [...] im Kern auf nichts anderes hinaus als auf die Rehabilitation eines undemokratisch verselbstständigten Staates, dem praktisch jedes Mittel recht ist und der jenseits der selbst definierten ‚politischen Mitte‘ niemanden duldet.“⁹

Wer sich an diesem Diskurs beteiligen will, muss erst vor den selbsternannten Hütern des Erlaubten und ihren behördlichen Zuchtmeistern ein Glaubensbekenntnis auf den autoritären Verfassungsstaat ablegen und allen Zweifeln, Gegenentwürfen, jeder Kritik und Alternativideen, der freien Meinungsäußerung und legitimen Formen des Protests abschwören. Und jede/jeder, der/die in diesem Land etwas werden will, legt den Eid auf die fdGO diensteifrig ab und distanziert sich von allem, was ihm/ihr als „extremistisch“ unter die Nase gehalten wird. Und man darf wohl Anfang 2010, ohne der Kaffeesatzleserei verdächtig zu werden, prognostizieren, dass der langsam an Fahrt gewinnende gesellschaftspolitische Rollback erst begonnen hat. Augenfällig ist jedoch schon jetzt, dass nicht etwa Gegenwehr und Protest sich gegen das anrühige Ideologie-

Recycling regen, sondern gerade auch bei oppositionellen Parteien und Gruppen (SPD, Grüne, z.T. Linke) sich ein vorauseilender Bekenntniseifer bemerkbar macht, der nicht selten denunziatorische Züge trägt.¹⁰ Alle wollen bei der Demokratie solcher Flachzangen wie Bundesfamilienministerin Kristina Köhler mitspielen dürfen¹¹, anstatt sich in ihrer Machtlosigkeit wenigstens das letzte Quäntchen Selbstachtung und Klarheit zu bewahren.

Umso wichtiger und verdienstvoller, dass mit dem vorliegenden Buch „Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der ‚inneren Sicherheit‘“ ein erster umfassender Aufriss der Entwicklung des Extremismusbegriffs im Graubereich zwischen Wissenschaft und Verfassungsschutzbehörden vorliegt. Die beiden Autoren weisen in ihrer Untersuchung auch der Wissenschaft und den vielen Expert_innen eine Mitverantwortung für diese beispiellose „Erfolgsstory“ eines völlig untauglichen normativen Konstrukts zu. Und sie machen die Verstrickung selbst als links geltender Wissenschaftler_innen mit einem „wissenschaftlichen“ Verfassungsschutz sichtbar. Mag auch sein, dass sich mancher vom fragwürdigen Agieren der Geheimdienste distanziert, deren Akzeptanz zeigt sich aber darin, dass kaum jemand Zweifel und Ablehnung äußert, wenn auf einem Podium, einer Tagung oder bei einschlägigen Seminaren Festangestellte der Verfassungsschutzbehörden oder von ihnen gedungene Wissenschaftler_innen erscheinen, teilnehmen oder gar referieren und mitdiskutieren.

Im Gegenteil, es ist unterdessen im Schwange, dass Verfassungsschutzämter – nachdem sie freie Träger und Vereine der politischen Bildung und Linke diskreditiert und ins Aus manövriert haben – sich selbst einen Bildungsauftrag anmaßend mit hauptamtlichen Schlapphüten und geheuerten Sozialwissenschaftler_innen durch Schulen, Bürgerversammlungen und Lehrer_innen-Fortbildungen tingeln, um das rechte Verständnis wahrhaft wehrhafter deutscher Demokratie unters Volk zu bringen. In Niedersachsen heißen diese Agenten der Volksaufklärung sinnfälligerweise und ohne jede Ironie „Demokratielotsen“. ¹² Aber auch Beratungsangebote für die Allgemeinheit halten viele der VS-Landesämter feil, ohne auch nur im Ansatz über unabhängiges, pädagogisch oder fachlich qualifiziertes Personal zu verfügen, das besorgten Eltern, ratlosen Lehrer_innen und Betroffenen von rassistischer Diskriminierung in Krisensituationen helfen könnte.

Oft ist es auch nur ein Ringen um Begriffe, die wie selbstverständlich in unser aller Sprachgebrauch übergegangen und hegemonial geworden sind und schon lange nicht mehr auf ihre Tauglichkeit und Korrumpierbarkeit hin befragt werden. Es gibt Landstriche in Deutschland, wo man sich nicht über Nazis und menschenfeindliche Ideologien in der „Mitte der Gesellschaft“ unterhalten kann ohne den dem Staatsschutzjargon und der Extremismus-Doktrin entlehnten Begriff „Rechtsextremismus“ zu bemühen.

Der Mangel an wissenschaftlicher Distanz, terminologischer Klarheit und politischer Zurückweisung hat den so agierenden Verfassungsschützern und ihren akademischen Zuarbeiter_innen und Stichwortgeber_innen Tür und Tor geöffnet. So können sie eine zunehmend dreiste Türsteher-Funktion einnehmen, um alles abzuweisen, was ihnen bei flüchtiger Gesichtskontrolle irgendwie verdächtig erscheint. Was aber ist verdächtig, was ist demokratisch oder undemokratisch, was ist Demokratie, wer darf bei der „Zivilgesellschaft“ (auch so ein großes Wort!) mitspielen, wer ist „extremistisch“ und muss „leider draußen bleiben“? Um von diesem Bestimmungs- und Mitbestimmungsprozess nicht ausgeschlossen zu bleiben, ihn sich in einem emanzipatorischen Prozess vielmehr selbst wieder anzueignen, müssen dezidierte Positionen gegen die „totalitäre“ Extremismus-Doktrin erarbeitet, Proteste organisiert und eine Wissenschaft im Geist fundamentaler Kritik wieder auf die Barrikaden gerufen werden: dafür ist dies Buch genau der richtige Einstieg und ich empfehle es einer neuen, selbstbewussten Bewegung, die sich von Extremismusexpert_innen, Verfassungsschützer_innen und anderen Ideolog_innen nichts mehr sagen oder in den Mund legen lässt.

Friedrich C. Burschel, M.A., ist Historiker und Politologe und arbeitet als freier Publizist und Lektor in München und Berlin. Er war 2001 als Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration in Berlin Mitautor des Buches „Nur ein Toter mehr... Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben“ beim Unrast-Verlag. Nach einem Einsatz in Gera als Berater von Neonazi- und Rassismus-Opfern leitete er von 2003 – 2006 die Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus beim Nichtkommerziellen Lokalsender Radio LOTTE Weimar. Auf Empfehlung des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurde er im Juni 2007 vom Bundespresseamt nicht als Berichterstatter zum G8-Gipfel in Heiligendamm akkreditiert: Seine Klage dagegen vor dem Verwaltungsgericht Köln Anfang 2009 war erfolgreich. Den Job als Leiter der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus beim Bayerischen Jugendring gab er Anfang 2008 nach Querelen mit dem Landesverfassungsschutz auf. Seit März 2009 arbeitet er außerdem als Referent bei der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Anmerkungen

- ¹ Andreas Müller, Stiftung voreilig zum Staatsfeind abgestempelt, in: Stuttgarter Zeitung v. 28.7.2009.
- ² Andreas Müller, Der Verfassungsschutz rudert weiter zurück, in: Stuttgarter Zeitung v. 2.9.2009.
- ³ Vgl. den Abschnitt über Bayern in dem Text von Hartmut Rübner in diesem Buch.
- ⁴ Bernd Kastner, Umstrittene Einschätzung, in: Süddeutsche Zeitung v. 8.1.2010.
- ⁵ Hier gehören natürlich auch die Ausschlüsse von unliebsamen Journalist_innen vom G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 und ähnliche „Radikalenerlasse“ dazu.
- ⁶ Vgl. Fast 100 Abgeordnete bespitzelt, in: Berliner Zeitung v. 4.11.2009; Bayern, die Staatsdiener und die Linkspartei, in: Tagesspiegel v. 25.9.2009; Fred König, Das Netzwerk der geköpften Frösche, in: Hinterland. Das Vierteljahresmagazin für kein ruhiges. Ein Magazin vom Bayerischen Flüchtlingsrat 4/2009, Nr. 11, S. 53-56.
- ⁷ Doris Liebscher / Christian Schmidt, Verwischte Ziele. Warum die Bemühungen gegen Nazi-Strukturen seit knapp 20 Jahren immer wieder scheitern, in: Friedrich Burschel (Hg.), Stadt – Land – Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz, Berlin 2010, S. 83-92.
- ⁸ Vgl. hier seinen eigentümlichen Einfall auf der vom VS in NRW ausgerichteten Tagung zur „Neuen Rechten“ am 8. Oktober 2003 in Düsseldorf: „Für die nötige Sensibilität und Wachsamkeit (gegen die Ideologien der Neuen Rechten) sollten wir gemeinsam werben – Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Publizistinnen und Publizisten, am besten alle Menschen, die sich politisch engagieren“, in: Wolfgang Gessenharter / Thomas Pfeiffer (Hg.), Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004, S. 243.
- ⁹ Christoph Kopke / Lars Rensmann: Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 45 (2000), H. 12, S. 1455, zit. nach: Christoph Butterwegge, Die Entsorgung des Rechtsextremismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 55 (2010), H. 1, S. 12-15, 13.
- ¹⁰ Vgl. Gereon Asmuth, „Rot lackierte Faschisten“, in: TAZ v. 8.12.2009.
- ¹¹ Vgl. Florian Back, Ein Garten voller Böcke“. Über das schlichte Extremismusverständnis der neuen CDU-Bundesfamilienministerin Kristina Köhler, in: Antifaschistisches Informationsblatt Nr. 85 /2010, S. 46-49.
- ¹² Z. B. Kathrin Hedtke, Kampf gegen Neonazis im Klassenzimmer, in: Tagesspiegel v. 29.11.2009; Michael Quasthoff, Verfassungsschutz macht Schule, in: TAZ v. 1.9.2009.